

Sommerfest



Liebe Genossinnen und Genossen,
wie ihr ALLE inzwischen wisst, findet am 10. September von 11:30 bis 18 Uhr im Kurpark Bad Krozingen unser Sommerfest statt. Exakt 2 Wochen vor der Wahl ist dies ein sehr wichtiger Termin. Wir freuen uns, dass neben unseren beiden jungen Kandidaten **Jonas Hoffmann** und **Julien Bender** als prominenter Gast nicht nur **Franz Müntefering** zugesagt hat. Auch unsere Landtagsabgeordneten **Gabi Rolland** und **Rainer Stichelberger** werden dabei sein, ebenso hat **Christoph Bayer** sein Kommen angekündigt. Das ist super! Aber eine Handvoll „Promis“ macht noch kein Fest. Damit diese Veranstaltung so richtig klasse wird, brauchen wir euch! Kommt vorbei, bringt eure Familien, Freunde, Nachbarn mit. Lasst uns zusammenhocken, Musik hören, bei

Essen und Trinken locker ins Gespräch kommen. Ohne euch war die ganze Arbeit der letzten Monate umsonst.

SPD
SOMMERFEST
10. SEPT. 2017, 11:30 - 18 UHR
KURPARK BAD KROZINGEN

Kaffee & Kuchen
Live Musik
Grill Buffet
Kinderschminken
Spiel-mobil

GÄSTE:
FRANZ MÜNTEFERING
JULIEN BENDER - JONAS HOFFMANN

Apropos Arbeit: erstmal ein ganz herzliches Dankeschön an die vielen Freiwilligen, die sich schon in den Arbeitsplan eingetragen haben! Wir können aber nach wie vor ein paar helfende Hände beim Fest gebrauchen. Bitte einfach bei mir melden unter birtekoennecke@yahoo.de.

Das wird ein toller Tag. Verpasst ihn nicht ;-)

Birte Könecke

Kleiner aber feiner Parteitag

Parteitage sind Arbeitstreffen. Da werden Anträge eingebracht und diskutiert und abgestimmt und daraus werden dann Programme und Initiativen entwickelt. Mit anderen Worten: Auf Parteitag wird Politik gemacht. Das machen die Roten traditionell gerne und so stauten sich über die letzten Jahre die Anträge und Initiativen immer mehr auf, da so viel Zeit für deren Bearbeitung und Diskussion gar nicht da war. Deshalb haben wir das Instrument des kleinen Parteitages geschaffen. Nur halb so viele Delegierte und damit auch deutlich weniger organisatorischer und finanzieller Aufwand. Vor kurzem fand der erste seiner Art in Balingen statt. Unsere vier Delegierten waren dabei.



Darum ging es in Balingen:

Aufarbeiten der „übrig gebliebenen Anträge“. Das war so das Pflichtprogramm und das wurde absolviert. Schön dabei: Viele der Anträge waren bereits „erledigt durch Regierungsprogramm“ oder sogar bereits Gesetzeslage, wie die Ehe für alle. Freuen drüber und Häkchen dran. Prima.

AUS DEM INHALT

Kleiner aber feiner Parteitag	2
Grün-schwarz lässt Kreise im Stich	3
Missbrauchsoffer brauche Hilfe	4
Demokratie fällt nicht vom Himmel	5
Im Badischen Winzerkeller	9
Was man so sparen kann	10
Impressum	10
Martin Schulz in Freiburg	11
Wir gefallen mehr als 500 Menschen	11



Eine Neuerung im Ablauf war, dass die Anträge nicht der Reihe nach bearbeitet wurden, sondern die Delegierten konnten über die Reihenfolge abstimmen. Dies führte sowohl beim Tagungspräsidium als auch bei der Antragskommission zu einiger Unruhe und auch die Delegierten brauchten manchmal länger, den entsprechenden Antrag im Buch zu finden, als die Abstimmung dauerte. Hier wäre es vielleicht wünschenswert, nächstes Mal über die Reihenfolge von Themenblöcke und nicht der einzelnen Anträge abstimmen zu lassen.

Neue Initiativen und Schwerpunkte. Einer davon betraf das Thema Pflege und eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aus diesem Bereich brachte einige neue Anstöße und offene Streitpunkte.

Besonders die 24-Stundenpflege mit ihrem Graubereich mit schwierigen Arbeitsbedingungen für meist osteuropäische Pflegekräfte und mangelnder Qualitätskontrolle blieb mir da in Erinnerung.



Natürlich ist ein Parteitag immer auch ein Familientreffen. Deshalb sind die Gespräche im Foyer bestimmt genauso wichtig, wie die Arbeit im Sitzungssaal. Schön, wenn dabei auch für das leibliche Wohl ganz prima gesorgt ist.



Na klar, es ist Wahlkampf. Ein bisschen Einheizen ist da nicht falsch und das haben Luisa Boos und Leni Breymaier auch prima hinbekommen. Auch das kurze Grußwort vom Bundesgeneral Hubertus Heil war da ganz prima. Den hat leider der Flieger versetzt, sonst wäre er auch gekommen. Das mit diesen Berliner Flughäfen ist halt manchmal schwierig.



Insgesamt war es ein gelungenes Arbeitstreffen und die Viererdelegation mit Birte Könnecke, Oswald Prucker, Bilge Gecer-Dreher und Matthias Schmidt hat ihren Teil dazu beigetragen (und die Fahrt durch den schönen Schwarzwald rüber an den Rand der Schwäbischen Alb genossen – darf ja auch sein).

Oswald Prucker

Grün-schwarz lässt die Kreise im Stich

Nachdem Frau Merkel 2015 im Alleingang Tür und Tor Deutschlands öffnete, hat auch der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mit einer enormen Kraftanstrengung alles dafür getan, die ankommenden Menschen aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen. Dies im Vertrauen auf die damalige grün-rote Landesregierung, die eine Abkehr von der Pauschalenzahlung hin zu einer Spitzabrechnung der Kosten zugesagt hatte. Nach der Landtagswahl wurde diese Zusage von der jetzigen grün-schwarzen Regierung mehrfach bestätigt.

Da unser Kreis nicht über große Mengen von leerstehendem Wohnraum verfügt, musste rasch neuer Wohnraum geschaffen werden, teils mit Containerlösungen, teils mit Holzständerbauten oder auch in fester Bauweise. Hierfür waren die Pauschalen, die einmalig für die Aufnahme eines Flüchtlings gezahlt werden, bei weitem nicht ausreichend, so dass millionenschwere Kredite aufgenommen werden mussten. Insbesondere die Abschreibungen dieser Gebäude belasten jetzt jährlich den Kreishaushalt, so dass für die zugesagte Spitzabrechnung zwingend eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes erforderlich gewesen wäre. Wir wollen keine jährlichen Almosen der Landesregierung, sondern Rechtssicherheit für die Erstattung der uns angefallenen Kosten. Auf mündliche Anfrage von Sabine Wölfle, MdL der SPD am 20.07.2017 zur Umsetzung der Spitzabrechnung geben Innen- und Finanzministerium nun an, dass sie für 2015 eine Festlegung neuer kreisindividueller Pauschalen planen. Das gleiche soll dann irgendwann für 2016 geschehen.

Dies hat mit der zugesagten Spitzabrechnung nichts mehr zu tun, da Pauschalen eben nur einmalig gezahlt werden, die Kosten aber über die nächsten Jahrzehnte weiterlaufen. Wenn wir für die Gebäude im Schnitt mit 20 Jahren Abschreibung rechnen, wären das für die 2 Jahre gerade mal 10% Erstattung (eher weniger, da die meisten Gebäude in 2015 erst errichtet wurden), bei den übrigen 90% besteht die erhebliche Gefahr, dass der Kreis auf den

Kosten sitzen bleibt. Somit wäre es nicht mehr möglich, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen.

Aufgaben von oben nach unten zu delegieren und dann nicht dafür bezahlen zu wollen ist im besten Falle schäbig. In diesem Fall wäre es für uns katastrophal.

Birte Könnecke

Missbrauchsoffer brauchen Unterstützung

Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald gibt es keine Fachstelle für die Unterstützung von Mädchen, Jungen und Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt wurden. Das übernehmen die Vereine Wildwasser e.V. und Wendepunkt e.V., die dafür beide vom Landkreis mit jeweils 5.000 € unterstützt wurden. Damit finanzieren sie neben der Beratung auch Gruppenangebote, Opferbegleitung, Prävention, Vernetzung, Begleitung, schnelle Hilfe - und vieles mehr. Durch Veränderungen in der Gesellschaft und auch durch den Zuzug oft traumatisierter Flüchtlinge steigt der Aufwand und der personelle Bedarf der Einrichtungen.

Deshalb hat die SPD-Kreistagsfraktion nun beantragt, dass der Kreis seine Unterstützung verdoppelt und beiden Einrichtungen pro Jahr 10.000 € zukommen lässt.



Zusätzlich hat unsere Fraktion zusammen mit der Fraktion der Grünen beantragt, dass die Mittel der sogenannten Poolförderung auch vollständig ausgezahlt werden. Hier ergab sich ein Haushaltsrest von 7.000 Euro, die nach unserer Meinung anteilig an die beiden genannten Vereine und auch die aus diesem Topf ebenfalls unterstützen Organisationen AIDS-Hilfe, AK Suizid und Frauenhorizonte ausgezahlt werden sollen.

Kreisrätin Ellen Brinkmann betont in ihrer Begründung, dass alle diese Institutionen in den zuständigen Ausschüssen des Kreistags immer höchstes Lob für ihre außerordentlich wichtige Arbeit erfahren. Das Geld ist also sehr gut angelegt und kommt genau den Menschen des Kreises zugute, die auf Hilfe angewiesen sind.

Oswald Prucker



Demokratie fällt nicht vom Himmel

Vorwärtsverteidigung durch politische Bildung



Demokratie fällt nicht vom Himmel – Vorwärtsverteidigung durch politische Bildung. Schon der Titel zeigt, dass etwas im Argen liegt, dass etwas verteidigt werden muss und zwar in der Vorwärtsbewegung. Die Kreisvorsitzende Birte Könnecke sah das wohl schon ähnlich und wählte eine sehr kurze Form für ihre einleitenden Worten bei denen sie auch den Müllheimer Ortsvorsitzenden Hartmut Hitschler und Bundestagskandidat Jonas Hoffmann begrüßen durfte. Der Referent des Abends, unser ehemaliger Landtagsabgeordneter Christoph Bayer kam dann auch recht zügig auf den Punkt: Demokratie muss von jeder Generation neu gelernt

werden. Mit allen Facetten und vor allem nicht nur mit dem Kopf.

Und so widersprach er Descartes' „Ich denke, also bin ich“, denn der Mensch ist nicht nur vom Denken angetrieben, sondern oft noch viel mehr vom Körper und von Gefühlen. In mancherlei Hinsicht haben wir heute vielleicht sogar eher eine Stimmungsdemokratie als eine faktenorientierte Demokratie und werden so eher von Befindlichkeiten dominiert. „Ist die Befindlichkeitskultur vielleicht sogar unsere Leitkultur?“ fragte Bayer. Die daraus resultierende Krise der Demokratie ist in jedem Fall nicht zu übersehen und zwar nicht nur in Ländern wie der Türkei, Polen oder Ungarn. Als Argumentationsfutter stellte er dazu zehn Thesen in den Raum:

1. Seit der Finanzkrise ist die Demokratie auf dem Rückzug, da das Versprechen auf Umverteilung von Macht nicht mehr eingehalten wird.

2. Alle Gewalt geht vom Volk aus. Ein wichtiges Instrument dazu ist die Gewaltenteilung, die Machtmonopole verhindert. Siehe Polen, siehe Ungarn. Aber auch bei uns greift das Verfassungsgericht stark in die Gesetzgebungsprozesse ein und nur ein Prozent der Bevölkerung besitzen einen großen Teil des deutschen Gesamtvermögens.

3. Der Gesetzgebungsprozess sollte vom Parlament ausgehen, tatsächlich bringt aber die Regierung die Gesetze ein. Oft genug ist die aber von Lobbyorganisationen getrieben: Auf einen Abgeordneten

im Bundestag kommen acht Lobbyisten und bei der EU ist es noch schlimmer.

4. Wahl und Demokratie werden oft gleichgesetzt. Historisch ist das eigentlich falsch. In Griechenland gab es Losverfahren für die Vergabe von Ämtern. Das garantiert eine gleichmäßige Aufteilung des politischen Einflusses im Wahlvolk.

5. Ideal und Wirklichkeit klaffen auseinander und es gibt dramatische Resonanzstörungen zwischen Regierenden und Regierten. Die Bürger fühlen sich nicht mehr von Politikern vertreten, denn 95% der Gewählten sind Akademiker, 25% sind Juristen. Häufig entscheidet das bessere Personenmarketing und das führt dann zu einer marktkonformen Demokratie.

6. Parlamente sind das Herzstück der Demokratie. Stimmt im Prinzip. Aber: tatsächlich werden die Entscheidungen eher in Ausschüssen gefällt und immer wieder in ritualisierter Form. Konflikthafte Diskussionen werden vermieden, man giert nach Führungspersonen. Es entwickelt sich ein gewisser Hang zum Autoritarismus

7. Parteien genießen einen schlechten Ruf und der ist in mancherlei Hinsicht auch gerechtfertigt. Aber das beliebte Parteienbashing schießt oft über das Ziel hinaus.

8. Antidemokratische chauvinistische Einstellungen sind bis weit in die Mitte hinein verbreitet. Auch in den Parteien und Kirchen gibt es sehr viel Menschenfeindlichkeit.

9. Die politische Diskussion ist entgleist. Gegner sind „Verräterfressen“ und „Kanallien“. Alternative Fakten werden hoffähig und das berühmte einheitliche Volk ist über die (a)sozialen Medien zurück.

10. Populismus an sich ist nicht problematisch. Extremismus und damit auch der Rechtspopulismus schon und der hat gegenwärtig eine Geschichte. Er wurde vorbereitet durch die emotionalisierende Rhetorik der etablierten Parteien. Das soziale Netz wurde zur sozialen Hängematte, aus Massenarbeitslosigkeit wurde der kollektive Freizeitpark und die Flexibilisierung der Arbeit wurde zur Freiheit umgedeutet. Man kann das liberalen Populismus nennen. Die Rechtspopulisten treiben die Spirale nur weiter: Drecksack, Lügenpresse zeigen den rassistischen Populismus und Verfassungsverachtung. „Wir gegen die“ ist der Grundtenor. „Die da oben“, „die dort“. Jeder kann der Ausgegrenzte werden.

Die Vorgehensweisen sind dabei immer gleich: Tabubrüche und einfache Antworten, das Fordern drastischer Mittel verschiebt die Wahrnehmung. Das funktioniert besonders gut über das Framing, d.h. mit Floskeln, die auch bei Verneinung die gleiche Wahrnehmung befeuern: „Das Boot ist voll“ und „Nein, das Boot ist nicht voll“ bewirken das gleiche Bild eines vollen Bootes im Kopf.

Diesen Entwicklungen darf man aber nicht nur Negatives abgewinnen. Seit der AfD wird wieder schärfer diskutiert in den

Parlamenten. Die Auseinandersetzung wird also wieder besser, weil die etablierten Parteien besser reflektieren und begründen müssen. Wir werden zu einer genaueren Analyse wichtig. Gegenfeuer gefragt. Gute Beispiele gibt es da. Zusammenhalt wird wieder wichtiger.

Das ist der Anknüpfungspunkt für politische Bildung. Die darf aber eben nicht nur aus Informationen und Wissensvermittlung bestehen. Genauso wichtig ist die Vermittlung von Haltung. Damit geht es dann in die Vorwärtsverteidigung: Der Hass muss gelöscht werden, wir müssen aktiv eintreten und ein „Gegenfeuer entfachen“. Neuere Ansätze orientieren sich dabei an dem Politologen Himmelmann. Wir müssen Demokratie lernen. Die Demokratie dann nicht nur Herrschaftsform sein, sondern auch Lebensform und Gesellschaftsform.

Konkret nannte Christoph Bayer dann fünf Maßnahmen in diese Richtung:

1. Jede/r ist Subjekt politischer Bildung und betreibt sie und bringt sich aktiv ein. Das ist an unterschiedlichen Orten vom Familientisch bis in die Arbeit und den Verein möglich. Wir müssen mit positiven Sprachbildern arbeiten. Das Gespräch ist die Seele der Demokratie.

2. Alle Formen von strukturell verankerter politischer Bildung müssen gestärkt werden. In der Schule hat die Gemeinschaftskunde Verfassungsrang und das muss als Fach wieder erkennbar werden.

In der Erwachsenenbildung sucht die Landeszentrale für Politische Bildung neue Formate. Die können aber nur wirken, wenn man das Angebot in der Fläche halten kann. Die Außenstellen sind nötig und dürfen nicht weg gespart werden.

3. Der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss ausgebaut werden. Das steckt noch in den Kinderschuhen aber durch die Novellierung der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg unter grün-rot ist ein Anfang gemacht. Demnach sollen Kinder und müssen Jugendliche in der Kommunalpolitik an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Das sollte auch auf Kreisebene funktionieren.

4. Die Elemente der direkten Demokratie sind weiter zu entwickeln. Da wurde unter grün-rot ein bisschen was erreicht, aber die Hürden sind noch sehr hoch. Vor allem im Gesetzgebungsverfahren ist vieles eher unpraktikabel.

5. Beteiligungsformate in den Kommunen sind wichtig. Da gibt es viel aber vieles war auch eine Eintagsfliege und hat sich nicht gehalten. Ein gutes Beispiel entstand in Schorndorf: Ein Bürgerrat zum Thema Windräder brachte die stark verfeindeten Befürworter und Gegner eines Ausbaus an einen Tische und daraus ist eine Empfehlung entstanden, die 90% der Bevölkerung annehmen konnten. Bürgerhaushalte sind weiteres Beispiel in dieser Richtung.

Es bleibt also viel zu tun: Die Demokratie fällt uns nicht in den Schoß und ist auch nie fertig.

In der anschließenden lebhaften und teils hitzigen Diskussion wurden viele Aspekte des Vortrags noch einmal aufgegriffen und vor allem viele Negativbeispiele und -einflüsse genannt. Einen Kontrapunkt dazu formulierte dann Jonas Hoffmann. Er erinnerte an die starke Politisierung im Frühjahr mit vielen Parteieintritten und berichtete von vielen sehr interessierten Menschen bei den Podiumsdiskussionen. Angetan habe es ihm dabei besonders die meist hervorragend informierten Schüler und Schülerinnen, die sehr detailliert und präzise Fragen stellen.

Oswald Prucker

WIR IM NETZ

Der Mitgliederbrief ist sowas wie die ausgedruckte Webseite.

Kommt deshalb regelmäßig auf unsere immer aktuelle [Homepage](#) oder auf unsere Facebookseite [Rot-wild im Schwarz-wald](#).



Beiträge gesucht! Läuft bei dir im Ortsverein was Spannendes? Schicke uns ein Bild oder zwei und ein paar Zeilen. Wir basteln was draus.

Zu Besuch im Badischen Winzerkeller



Manchmal verbindet sich das Nützliche und Wichtige wie von selbst mit dem Angenehmen und das ist dann auch mal recht so. So geschehen in der letzten Woche, als Fraktion und Kreisvorstand im Badischen Winzerkeller zu Gast sein durften.



Auf eine sehr unterhaltsame Art und Weise brachte uns Herr Peter Brodmann zusammen mit dem Vorstand des Winzerkellers Peter Schuster die Genossenschaft näher, zeigte uns die Produktionsanlagen mit der schier unbegreiflichen Zahl an Edelstahlgärtanks mit Fassungsvermögen, die sich ebenso jeder Vorstellungskraft entzieht

und einer Abfüllanlage, die innerhalb weniger Stunden mehr Flaschen füllt, verschließt, etikettiert und verpackt, als ein Mensch auch nur ansatzweise (und noch weniger sinnvoller Weise) in einem ganzen Leben genießen kann.

Alles zusammen zeigt alleine das schon, welche wirtschaftliche Bedeutung der Weinbau für unsere Gegend hat. In diesem Zusammenhang sind auch die Absatzwege natürlich thematisiert worden. Ca. 70% des Weines aus Breisach werden über den harten Discountermarkt abgesetzt und trotzdem ist in der letzten Zeit eine Steigerung des Traubengeldes für die Mitgliedswinzer erreicht worden. Die Winzergenossenschaft sieht sich nicht zu unrecht auf einem guten Weg.

Schön, dass es nicht bei trockenen Zahlen blieb, sondern dass wir uns auch sehr praktisch bei dem ein oder anderen Tröpfchen von der außerordentlichen Qualität der Weine des Winzerkellers überzeugen konnten.



So gestärkt gingen die Gespräche dann in beschwingterer Runde auf der Sonnenterrasse weiter.

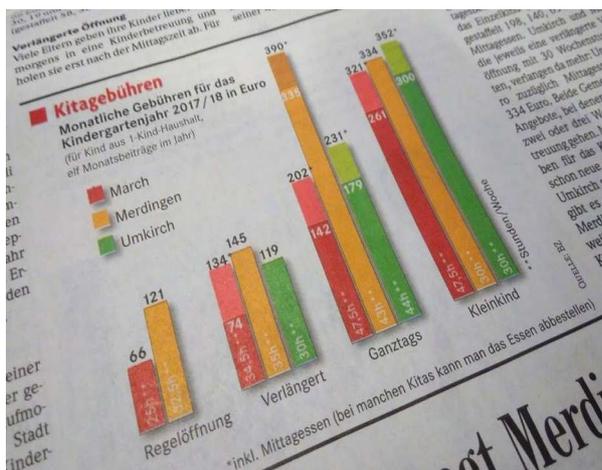
Oswald Prucker

Was man sich so sparen kann

Bundespolitik konkret konnte man vor kurzem aus einem Bericht der Badischen Zeitung ablesen: Dort werden die Kita-Kosten von March, Merdingen und Umkirch verglichen. Und genau diese Kosten kann man sich sparen, wenn Martin Schulz im Herbst Bundeskanzler wird. Im Detail und für das erste Kind:

- Merdingen: bis 335 Euro pro Monat oder 3685 Euro im Jahr (elf Beiträge)
- Umkirch: bis 300 Euro pro Monat oder 3300 Euro im Jahr (elf Beiträge)
- March: bis 261 Euro pro Monat oder 2871 Euro im Jahr (elf Beiträge)

Die Mittagessen habe ich abgezogen. Je nach Alter des Kindes und je nach gebuchter Leistung können die Zahlen auch deutlich niedriger liegen. Für alle anderen Landkreiskommunen ergeben sich vermutlich ähnliche Beiträge.



Wenn einer Alleinerziehenden irgendetwas hilft, dann ist es genau das und zwei, drei Tausender im Jahr kann genau die Summe sein, die eine Mutter in ihrem Beruf halten kann ohne zu viel ihres Einkommens für die Kinderbetreuung drauf geht. Über ein zweites oder drittes Kind müssen wir da gar nicht reden. Alles bisherige in der Familienpolitik hat vor allem dem gut verdienenden Akademikerinnen geholfen und in dieser Gruppe zu einem Anstieg der Geburtenzahlen geführt. Jetzt wird es Zeit, dass die Erleichterungen auch in der breiten Mitte ankommen.

Gute Argumente für ein Kreuz beim SPD-Kandidaten mit der Erststimme und für die SPD mit der zweiten Stimme.

Oswald Prucker

PROGRAMM SCHLÄGT



IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald: Dr. Birte Könnecke
Merzhauser Straße 4, 79110 Freiburg

Redaktion: O. Prucker, B. Könnecke
redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de



Martin Schulz in Freiburg

Samstag, 16. September 12:30-15:00 Uhr – Platz Der Alten Synagoge

Über 500 Likes

Unsere Facebook-Seite **Rot-wild im Schwarz-wald** gefällt mittlerweile mehr als 500 Menschen.

Unsere Beiträge betreffen interessante politische Themen und sind oft mit sogenannten Sharepics zum Teilen grafisch ansprechend bebildert und vieles mehr.

Sonntags gibt's immer Musik :-)

Unsere Beiträge erreichen oft mehr als 1000 Menschen. Das freut uns!

www.facebook.com/SPD.Breisgauhochschwarzwald

